



Israels Sicherheit ist auch unsere Aufgabe

Am Donnerstag haben wir in einer Plenardebatte Staatsgründung Israels vor 60 Jahren gedacht. Leider wird unsere Freude über dieses Jubiläum getrübt: Von Anfang an waren Existenz und Sicherheit Israels gefährdet. Auch heute noch erkennen die meisten Staaten im Nahen Osten Israel nicht an. Bedrückendstes Beispiel ist die hasserfüllte Drohung des iranischen Präsidenten „Israel von der Landkarte zu tilgen“. Die tagtäglichen Raketenangriffe der Hisbollah und die Selbstmordattentate der Hamas beweisen, dass das Leben der Menschen in Israel immer noch gefährdet ist.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Israels Recht auf sichere Exis-

tenz nicht verhandelbar. Das ist nicht nur Ausdruck der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands, sondern liegt auch in unserem eigenen Interesse. Denn unsere Länder verbinden neben der besonderen historischen Beziehung dieselben Grundüberzeugungen. Israel ist Teil der westlichen, von der christlich-jüdischen Tradition geprägten Wertegemeinschaft. Es ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, der einzige Staat der Presse- und Meinungsfreiheit sowie vollständige Religionsfreiheit garantiert. Israel ist zudem eine dynamische Wirtschaftsmacht und einer unserer wichtigsten Handelspartner. Aus diesem Grund unterstützen wir auf vielfältige Weise

den Friedensprozess im Nahen Osten:

Im Rahmen von UNIFIL leisten unsere Soldatinnen und Soldaten vor den Küsten des Libanons einen wichtigen Beitrag, um den Waffenschmuggel für die Hisbollah zu unterbinden. Im Nahost-Quartett setzen wir uns für ein friedliches Nebeneinander von Israelis und Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung ein. Und in der EU 3+3-Gruppe wirken wir daran mit, den Iran von der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuhalten.

Für uns ist klar: Ohne die Sicherheit Israels kann es keinen Frieden im Nahen Osten geben.

Am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten

Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung trägt die Handschrift der Union. Zum ersten Mal seit fünf Jahren haben wir 2007 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt. Wir haben die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt. Wir müssen nun Kurs halten und diese erfolgreiche Politik

fortsetzen, damit wir 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Klar ist auch: Sobald wie möglich müssen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Das darf jedoch nicht auf Kosten der Haushaltskonsolidierung passieren. Schon heute betragen die jährlichen Zinszahlungen

des Bundes rund 40 Mrd. Euro. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir dürfen unsere finanziellen Spielräume nicht weiter eingengen und unseren Kindern nicht noch höhere Bürden auferlegen. Entlastungen, die kommende Generationen belasten, sind deshalb der falsche Weg.



Die Woche im Parlament

In dieser Woche debattierten wir die **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo**. Zur Entscheidung steht die Verlängerung des Einsatzes auf Basis der VN-Resolution 1244. Insbesondere in der Phase nach der Unabhängigkeitserklärung bleibt die internationale Truppenpräsenz zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds dringend erforderlich. Deutsche Soldatinnen und Soldaten haben an der Stabilisierung der gesamten Region einen wesentlichen Anteil.

In erster Lesung berieten wir das **Kinderförderungsgesetz (KiföG)**, in dessen Zentrum der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren steht. Ziel ist ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren. Ab 1. August 2013 wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden. Der Bund beteiligt sich in einem ersten Schritt mit 4 Mrd. Euro zu einem Drittel an den Ausbaukosten. In einem zweiten Schritt erhalten die Länder im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung für die Jahre 2009 bis 2013 insgesamt 1,85 Mrd. Euro sowie im Anschluss daran jährlich 770 Mio. Euro als Entlastung für die Finanzierung der Betriebskosten.

Auf Entdeckungsreise im Bundestag

Viel Neues zu entdecken gab es für den 20jährigen David Koll während eines zweimonatigen Praktikums im Büro des oberbergischen CDU-Bundestagsabgeordneten und Finanzpolitikers Klaus-Peter Flosbach.

Vier Sitzungswochen des Bundestages konnte der gebürtige Wipperfürther in Berlin miterleben. Eine Gelegenheit, hinter die Fassade der Politik zu schauen. Aber auch eine Gelegenheit, die Entscheidung über die Studienrichtung voranzutreiben. In Finanzausschuss und Arbeitsgruppen traf der angehende Student auf Inhalte, die sein Interesse weckten. „Mit der Erbschaftsteuerreform gab es ein aktuelles und wirklich sehr emotionales Thema, das die Diskussionen beherrschte“, berichtete David Koll. Einmal habe sogar der Finanzminister Peer Steinbrück persönlich im Finanzausschuss Rede und Antwort zur aktuellen Finanzkrise gestanden.

Wenn es in der Fraktionssitzung im Reichstag brodelt, dann gelangt meistens durch die Türritzen auch etwas vom abgelassenen Dampf an die Öffentlichkeit. „Wenn man im brodelnden Kessel

selbst das Geschehen live und in Farbe beobachtet, von dem abends in den Nachrichten berichtet wird, dann ist das ein besonderes Gefühl“, meint David Koll. Verschiedene Steuersenkungsvorschläge, die Nominierung von Gesine Schwan für das Bundespräsidentenamt und die Diätendebatte hätten die Stimmung im Fraktionsaal aufgeheizt. Nach der Sitzung entstand noch ein wertvolles Souvenir: ein Foto mit Angela Merkel. Abendliche Veranstaltungen, wie der Praktikantenstammtisch oder ein Besuch in der Polittalkshow Maybrit Illner, und eine Führung im Bundesrat ergänzten das abwechslungsreiche Leben im Bundestag. „Die sitzungsfreien Wochen werden genutzt, um die Sitzungswochen vorzubereiten“, beobachtete David Koll. In dieser Zeit habe er zum Beispiel Material für Podiumsdiskussionen und Reden zusammengetragen und Bürgeranfragen bearbeitet.

Am Ende seien die Erwartungen übertroffen worden, gesteht Flosbachs Praktikant: „Durch die vielen Eindrücke, die ich gerade in der Finanzpolitik gewonnen habe, fiel die Entscheidung für ein volkswirtschaftliches Studium.“ Im

Herbst soll es beginnen. „Ich empfehle jedem politikinteressierten, sich für ein Praktikum zu bewerben. Die gewonnenen Eindrücke sind nicht zu ersetzen. Sie beugen meiner Meinung nach der Politikverdrossenheit vor“, blickt David Koll auf die Zeit im Bundestag zurück.



David Koll mit Klaus-Peter Flosbach

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de